

Programmatischer außerordentlicher Kreisparteitag der Freien Demokraten Kreisverband Bonn am 21.09.2019

Seite 1 von 7

Antrag 1

Antragstitel: Bewertung und Chancen der aktuellen CO2-Politik

Antragsteller: OV Bonn (Arbeitskreis Energiepolitik und Nachhaltigkeit)

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Liberalen verfolgen wir das Ziel, die Klimapolitik auf Landes- und Bundesebene im liberalen Sinne nachhaltig zu verändern. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf das Pariser Klimaabkommen, die deutschen Klimaziele, eine Neuausrichtung des europäischen CO2 Handels (EU ETS) und seiner Schutzmechanismen (Carbon Leakage), die CO2 Nutzung (CCU), die CO2 Speicherung (CCS) sowie politische Anreize zur Verbesserung der deutschen CO2 Bilanz. Dadurch sollen Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht und das Umfeld für ein wettbewerbsfähiges Klima geschaffen werden – der Antrag liefert hierfür die Grundlage für die Einführung eines marktwirtschaftlichen Prinzips bei gleichzeitiger internationaler Konkurrenzfähigkeit.

Kernforderungen:

- Vorantreiben des weltweiten Konsenses zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens
- Rückkehr zur Technologieoffenheit (Abschmelzung eindimensionaler Subventionierungen)
 - Vereinfachte/Beschleunigte Genehmigungsverfahren für CO2-reduzierende Anlagen/CCU
 - Sonderabschreibungen für CO2-arme Anlagen/CCU
 - Begünstigung von Grundlagenforschung (Deutschland als Innovationsmotor)
- Förderung CO2 neutralen Brennstoff und Speichertechnologien z.B. der Power to X Technologie durch
 - Befreiung von Stromsteuer, Konzessionsabgabe, KWK-Umlage, EEG-Umlage und Offshore-Umlage bei klimaneutralem Strombezug der Anlagen.
 - Anerkennung von fossilem CO und CO₂ als Rohstoff bei der Herstellung klimaneutraler Brennstoffe, sofern die Erzeugung durch ETS oder CO₂-Steuer pönalisiert ist.

Programmatischer außerordentlicher Kreisparteitag der Freien Demokraten Kreisverband Bonn am 21.09.2019

Seite 2 von 7

- 35 • Ersatz/Ergänzung der Besteuerung nach Energiesteuergesetz durch eine Steuer auf
36 klimawirksames CO₂.

37 Einführung einer EU-weiten Verbrauchsabgabe auf die Produkte emissionsintensiver
38 Industrieprozesse und Abschaffung der Carbon Leakage Liste.

- 39 • Klimaschutzziel: auf max. 80% bis 95 % CO₂-Einsparungen bis 2050 zur Erhaltung
40 der Wettbewerbsfähigkeit reduzieren (Neubewertung auf Grund des Standes der
41 Technik in regelmäßigen Abständen von max. 10 Jahren)

- 42 • Erneuerungsprozess des europäischen CO₂-Handels/Abbau nationaler
43 Einzelregelungen

44 ○ Schutz der emissionsreichen/energiestarken Industrien im Rahmen von EU-
45 ETS vor Überbelastung (Abwanderung verhindern)

46 ○ Ablehnung eines CO₂-Mindestpreises / Weiterentwicklung des ETS mit dem
47 Ziel eines langfristig steigenden und stabilen CO₂-Preises für alle
48 Marktteilnehmer.

- 49 • Absenkung der Stromsteuer auf das nach EU-Energiesteuerrichtlinie zulässige
50 Minimum.

- 51 • Rückkehr zu einer vertrauenswürdigen Klimapolitik → Planungssicherheit für
52 Unternehmen und Privatverbraucher schaffen.

53

54

55 1) Rückkehr zur vorausschauenden und verlässlichen Politik

56 Höchstes Anliegen der FDP und der deutschen wie europäischen Partner muss es sein,
57 dass durch eine übergreifende, abschließende Entscheidung im Konsens und
58 entsprechende Übergangszeiträume langfristig Planungssicherheit für Unternehmen und
59 Privatverbraucher erzeugt wird, sodass Investitionen langfristig geplant und gegenfinanziert
60 werden können. Als größtes Hemmnis für eine CO₂-arme (Industrie-)Kultur ist letztlich die
61 fehlende Verlässlichkeit in aktuelle politische Entscheidungen zu sehen. Eine Voraussetzung
62 zur Verbesserung der Verlässlichkeit wird geschaffen, wenn Eingriffe in erteilte
63 Genehmigungen nur bei Gefährdung der Sicherheit oder des Gemeinwohls des Staates
64 zulässig und die Konsequenzen des Eingriffs vollumfänglich zu entschädigen sind. Sofern
65 sich die Regierung bei der Entscheidungsfindung einer Fachkommission bedient, sind deren
66 Arbeitsergebnisse ausführlich im Parlament zu diskutieren.

67

68 2) Rückkehr zur Technologieoffenheit

Programmatischer außerordentlicher Kreisparteitag der Freien Demokraten Kreisverband Bonn am 21.09.2019

Seite 3 von 7

69 Im Sinne eines liberalen Wertekanons muss es Anliegen der FDP sein, zu einer
70 technologieunabhängigen Förderung von CO₂-armen (Energieträger-)Technologien
71 zurückzukehren. Es ist eine flächendeckende Förderung CO₂-armer Techniken und Anlagen
72 sowie dahingehender Forschung durch weitere steuerliche Vorteile (z.B.
73 Sonderabschreibungen) und vereinfachte bzw. verkürzte Genehmigungsverfahren
74 anzustreben. Ziel sollte es sein, eine Anreizkultur zu schaffen, die ein ökonomisches und
75 ökologisches Gleichgewicht erzeugt, ohne planwirtschaftliche Eingriffe zu bedingen.

76

77 3) Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten

78 Insbesondere muss dabei eine Abwanderung der energieintensiven Industrie, die im
79 internationalen Wettbewerb steht, dauerhaft verhindert und z.B. durch einen Carbon-
80 Leakage-Schutz sichergestellt werden. Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ist eine
81 Marktanpassung der Strompreise (z.B. durch Abschmelzung der überdimensionierten
82 (Förderung erneuerbarer Energien) und entsprechender Belastungen (z.B. EEG Umlage)
83 sowie ein Abbau der bürokratischen Hürden – insbesondere bei Genehmigungsverfahren für
84 CO₂-arme Produktionsanlagen – in Angriff zu nehmen. Ergänzend sind die Erforschung und
85 der Einsatz von Speichertechnologien zu forcieren. Nur durch wirtschaftliche Stärke können
86 sich deutsche Unternehmen und Energieversorger auf den Wachstumsmarkt der
87 klimafreundlichen Technologien ausrichten und einen nennenswerten Beitrag zum
88 Klimaschutz leisten.

89 Zur Vermeidung von Carbon Leakage sollte eine Verbrauchsabgabe auf in der EU
90 konsumierte emissionsintensive Produkte wie Stahl, Aluminium, Zementklinker, Chemikalien
91 und Papier bzw. Zellstoff erhoben werden. Dabei ist es unerheblich, ob diese Produkte
92 innerhalb oder außerhalb der EU erzeugt wurden. Hierdurch wird die Wettbewerbsgleichheit
93 gegenüber internationalen Mitbewerbern hergestellt. Um Anreize für die Weiterentwicklung
94 der Herstellungsprozesse zu schaffen, sollte die Abgabe auf Grundlage individueller
95 Zertifizierungen der weltweiten Hersteller bemessen werden. Ist dies nicht möglich, so ist
96 eine hohe Emissionsintensität anzunehmen. Beim Export der Waren werden die
97 Verbrauchsabgabe sowie die aus dem ETS und der CO₂-Steuer nach EnergieStG
98 resultierenden Kosten erstattet.

99 Bis zur vollständigen Umsetzung sind für Bestandsanlagen, die bereits im oberen Bereich
100 der wirtschaftlich realisierbaren Optimierungsmöglichkeiten angekommen sind (wie die
101 Aluminium-, Stahl- und Zementwirtschaft), weltweit faire Wettbewerbsbedingungen zu
102 gewährleisten. Insbesondere sind hier die (stark nach unten korrigierten) Benchmarks für die

Programmatischer außerordentlicher Kreisparteitag der Freien Demokraten Kreisverband Bonn am 21.09.2019

Seite 4 von 7

103 emissionsreichen Industrien einer erneuten Überprüfung zu unterziehen, da in vielen
104 Bereichen Minderzuteilungen von CO₂-Zertifikaten bei bestehenden Anlagen nicht mehr
105 durch adäquate Maßnahmen ausgeglichen werden können. Eine CO₂-Senkung durch eine
106 Einschränkung der Konkurrenzfähigkeit und damit durch Abwanderung von
107 Schlüsselindustrien entspricht nicht dem Ziel des flächendeckenden Klimaschutzes.

108

109 4) Realistische Ziele setzen

110 Um signifikante Einschnitte in den Alltag der Bundesbürger und eine Überbelastung der
111 deutschen Unternehmen zu vermeiden, sprechen wir uns für die Festlegung eines
112 Einsparziels von 80%- 95 % der CO₂ Emissionen im Vergleich zu 1990 bis 2050 aus.
113 Dadurch soll zur Planungssicherheit aller Beteiligten eine verbindliche und verlässliche
114 Grenze geschaffen werden, die von allen Seiten, ohne dass es eines globalen Konsenses
115 bedürfe, nach dem heutigen Stand der Technik als realisierbar und volkswirtschaftlich
116 darstellbar angesehen wird. Allerdings sind hierfür erfolgsversprechende
117 Rahmenbedingungen durch die Politik und Kompensationen in einigen Branchen nötig. Eine
118 Neubewertung der Klimaziele soll in regelmäßigen Abständen (max. 10 Jahre) anhand der
119 dann vorherrschenden Rahmenbedingungen und technischen Neuerungen vorgenommen
120 werden.

121

122 5) Weltweit Partner gewinnen

123 Ferner muss es Ziel der FDP sein, den weltweiten Konsens für eine Einhaltung und Stärkung
124 des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Nur so werden die Bemühungen dauerhaft
125 erfolgreich sein und eröffnen der deutschen Wirtschaft einen potentiellen Markt von 2
126 Billionen Euro (bis 2030).

127

128 6) Europa vereinen

129 Auch mit den europäischen Partnern ist über eine Anpassung des CO₂ Zertifikatehandels
130 sowie die Harmonisierung und gleichzeitige Ausrichtung auf komparative Vorteile der
131 energiepolitischen Förderung zu debattieren. Statt eines Flickenteppichs aus nationalen
132 Einzelregelungen ist der – in weiten Teilen ins Stocken geratene – Einheitsprozess im
133 Bereich des Klimaschutzes wieder aufzugreifen und voranzutreiben. Dabei ist insbesondere
134 zu beachten, in welchen Bereichen zu den geringsten Kosten (z.B. Gebäude, Verkehr,
135 Energie) Emissionen einzusparen sind.

Programmatischer außerordentlicher Kreisparteitag der Freien Demokraten Kreisverband Bonn am 21.09.2019

Seite 5 von 7

136 Bisher werden ca. 50% der CO₂eq Emissionen pönalisiert, Ziel muss es sein dieses
137 europaweit auf alle Bereiche auszuweiten um eine kostenoptimale CO₂eq Reduktion
138 sicherzustellen.

139

140 7) Marktwirtschaft zu Ende denken

141 Insbesondere sollte sich die FDP gegen einen CO₂-Mindestpreis aussprechen, es sei denn,
142 er gilt weltweit. Das französische Anliegen mag auf Grund dortiger nationaler Interessen
143 berechtigt sein, da Atomkraftwerke begünstigt werden. Allerdings führt dies zur Aushebelung
144 jeglicher Marktprinzipien (der Mindestpreis wird zum Spielball politischer Interessen), zu
145 einer starken Mehrbelastung für den Verbraucher sowie bereits dem EU-ETS Handel
146 unterliegender Unternehmen (eine Abwanderung droht) und zu einer Unrentabilität
147 bestehender Kraftwerke. Dies ist nach dem noch zu kompensierenden Atomausstieg für die
148 deutsche Stromerzeugung (Netzstabilität/Versorgungs-sicherheit/Strompreis) nicht
149 verkraftbar.

150 Die Betreiber der dem ETS unterliegenden Anlagen stehen vor der Herausforderung, bis
151 zum Jahr 2050 deren klimawirksame Emissionen vollständig zu beseitigen. Angesichts der
152 Entwicklungszeiten der dafür notwendigen Prozesse und der Lebensdauer von Großanlagen
153 ist dafür ein hohes Maß an Planungs- und Investitionssicherheit notwendig. Eine
154 Voraussetzung dafür ist ein verlässlich prognostizierbarer CO₂-Preis im ETS. Die für 4.
155 Handelsperiode etablierten Instrumente wie z. B. die Marktstabilitätsreserve sollten
156 dahingehend bereits jetzt für die Zeit bis 2050 weiterentwickelt oder ergänzt werden.
157 Langfristig ist ein vergleichbares Preisniveau von ETS und CO₂-Abgabe anzustreben um
158 international gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

159 Da die Stromsteuer unabhängig von der Klimawirksamkeit der Stromerzeugung erhoben
160 wird, stellt sie kein geeignetes Instrument zur Defossilisierung dar und sollte auf das laut EU-
161 Energiesteuerrichtlinie zulässige Minimum reduziert werden.

162

163 8) Versorgungssicherheit gewährleisten / Innovationen fördern

164 Um die Versorgungssicherheit in Deutschland bei gleichzeitiger Einhaltung des Pariser
165 Abkommens zu gewährleisten, bedarf es einer zeitnahen Weichenstellung für eine
166 Neustrukturierung der Energieversorgung innerhalb entsprechender Investitionszyklen.
167 Diese sollte rechtssicher unter Beteiligung der Energieversorger erarbeitet werden –
168 insbesondere unter den Aspekten der Sozialverträglichkeit, der Ersatzkapazitäten bei der
169 Stromerzeugung, dem Aufbau von Speicherkapazitäten und dem Netzausbau.

Programmatischer außerordentlicher Kreisparteitag der Freien Demokraten Kreisverband Bonn am 21.09.2019

Seite 6 von 7

170 Aufgrund der hohen Kapitalintensität und den langen Lebenszeiten in der Energie- und
171 Prozessindustrie kann nicht davon ausgegangen werden, dass jede langfristig notwendige
172 Innovation durch inkrementelle Kostendegression im Markt erfolgen wird. Daher wird
173 öffentliche Förderung für disruptive Verfahren wie z. B. wasserstoffbetriebene Hochöfen oder
174 Aluminiumproduktion ohne Graphitelektroden anfangs, d. h. bis zum Technikumsmaßstab
175 notwendig sein.

176 Betrachtungswürdig erscheint hier insbesondere die Power to X Technologie. Diese bietet
177 weitreichende Möglichkeiten zur Herstellung klimaneutraler Brennstoffe wie Wasserstoff,
178 synthetischem Erdgas oder Flüssiggas, Diesel und Benzin und ermöglicht so eine durch eine
179 CO₂-Steuer angereizte Reduktion klimawirksamer Emissionen in den Sektoren Verkehr und
180 Wärme. Darüber hinaus stellt Power to X eine Möglichkeit zur Speicherung regenerativen
181 Stroms in großen Mengen und über lange Zeiträume dar. Dies dient auch der Sicherstellung
182 der Netzstabilität. Um Technologieneutralität zu gewährleisten, sind diese Anlagen von
183 Umlagen und Abgaben, die der Förderung erneuerbarer Energien dienen oder nur für
184 Letztverbraucher erhoben werden zu befreien.

185 Die Förderung zur Ansiedlung neuer Unternehmen sollte mit Maßnahmen zu Um- und
186 Weiterbildung sowie zu einer Verbesserung der Infrastruktur abgestimmt werden.

187

188 9) Zukunft gestalten

189 Um Abwanderungen dauerhaft vorzubeugen und die Zukunft nachhaltig zu gestalten,
190 schlagen wir eine Debatte über die langfristige Einführung einer CO₂-Abgabe¹ vergleichbar
191 mit dem Prinzip der Umsatzsteuer als „Allphasen-Netto-Prinzip mit CO₂-Abgaben-Abzug“
192 vor, die den CO₂-Zertifikatehandel ablöst und sowohl für eingeführte als auch für in Europa
193 hergestellte Waren gilt. Um eine unzumutbare Belastung des Endverbrauchers zu
194 vermeiden, sollte die Umsatzsteuer entsprechend gesenkt werden. Eine CO₂-Abgabe
195 anhand des Prinzips der Umsatzsteuer würde Unternehmen, die den Absatzmarkt der
196 europäischen Union nutzen wollen, aktiv zur (weltweit) klimafreundlichen Produktion
197 animieren und eine Wettbewerbsgleichheit ermöglichen. Durch Nutzung der Digitalisierung
198 wäre eine Erfassung der emittierten Emissionen adäquat realisierbar. Hierfür werden, analog
199 zur Umsatzsteuer die bei der bisherigen Produktion freigesetzten CO₂ äquivalente über eine
200 CO₂ Bilanzierung nachgewiesen und verrechnet, alternativ können festzulegende
201 Pauschalwerte für Produkte und Rohstoffe angesetzt werden für die der Vorlieferant keine

¹ Hierfür sollten alle Interessengruppen – insbesondere Industrie und Umweltverbände – an einem runden Tisch über die Ausgestaltung verhandeln und ein ökologisch wie ökonomisch sinnvolles Konzept erarbeiten

Programmatischer außerordentlicher Kreisparteitag der Freien Demokraten Kreisverband Bonn am 21.09.2019

Seite 7 von 7

202 CO2 Bilanz erstellt. Diese Pauschalwerte sollten sich an einer Herstellung mit dem Stand der
203 Technik von vor 15 Jahren und einem zusätzlichen Sicherheitsaufschlag orientieren.
204 Kleinunternehmer die bei ihrer Wertschöpfung keine CO2 Äquivalente freisetzen können von
205 der Ausweisung und Verrechnung befreit werden. Dies ermöglicht es die Ziele der Pariser
206 Klimakonferenz durch marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen erreicht.
207 Zusätzlich sollten Brennstoffe² von der Energiesteuer befreit werden, wenn die
208 Klimaneutralität belegt werden kann. Für vom ETS erfasste Anlagen soll ein Antrag auf
209 entsprechende Steuerbefreiungen möglich sein.³
210 Um angesichts der Unsicherheit der Emissionsentwicklung sowohl größere Einbußen im
211 Bundeshaushalt ausschließen zu können als auch die Sozialverträglichkeit der CO₂-Steuer
212 zu gewährleisten, ist die Steuer kontinuierlich zu erhöhen und die Möglichkeit einer
213 Rückerstattung an die Verbraucher z. B. nach Schweizer Vorbild einzuführen.

² Vorgeschlagen wird eine Orientierung am EnergieStG

³ Erfassung von weiteren 42 % der deutschen THG-Emissionen und somit erhöhte Anreizsetzung für klimaneutrale Innovation durch Konstanz der Steuersätze